

04.01.2012

## Für jeden See ein Steckbrief

### Brandenburg will 140 Gewässer vom Bund kaufen / Die Verhandlungen dauern an

POTSDAM - Carsten Preuß vom Landesvorstand Brandenburg des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist ungeduldig geworden: Er fordert jetzt eine schnelle Entscheidung über den Verzicht auf die Privatisierung von Seen in Ostdeutschland. Preuß hatte bereits im Juni 2009 eine Petition an den Bundestag gestartet. Im Mai 2010 gab es dazu eine Anhörung im Petitionsausschuss, bei der, so Preuß, das Anliegen des BUND auf „viel Sympathie“ stieß. Ein abschließendes Votum des Ausschusses liegt aber immer noch nicht vor.

Sowohl in Brandenburg als auch in Mecklenburg-Vorpommern befinden sich zahlreiche Gewässer im Besitz der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG). Sie hat den Privatisierungsauftrag nach dem Treuhandgesetz. Gegner der Privatisierung argumentieren vor allem, Gewässer seien Allgemeingut und müssten der Allgemeinheit zugänglich sein. Den Kommunen sollte ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Allerdings fehlt ihnen meist das Geld.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Land Mecklenburg-Vorpommern im Sommer 2011 mit dem Bundesfinanzministerium darauf geeinigt, die zu veräußernden Seen zu kaufen. Schwerin zahlte für die 37 in BVVG-Verwaltung befindlichen Gewässer 1,86 Millionen Euro. Die Verhandlungen zwischen der Regierung in Potsdam und dem Bundesfinanzministerium laufen dagegen noch. Man hoffe auf eine zeitnahe Einigung, sagte eine Sprecherin des Infrastrukturministeriums. Dass die nicht auf die Schnelle zu erwarten war, geht schon daraus hervor, dass zu jedem See ein individualisierter Steckbrief erstellt werden muss. Außerdem geht es in Brandenburg nicht nur um 37 Gewässer, sondern um etwa 140. Entsprechend hoch dürfte der vom Bundesfinanzministerium geforderte Preis sein.

Der BUND spricht sich eigentlich für eine kostenlose Übertragung der Gewässer an Länder und Kommunen aus. Er habe kein Verständnis dafür, dass das Geld von der einen Tasche der öffentlichen Hand in die andere umgeschaufelt werde, so Preuß. Wichtiger als die kostenlose Übertragung ist für ihn aber, dass die Seen in öffentlichem Besitz bleiben. Deshalb hätte sie nach Ansicht der Brandenburger Grünen-Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm auch der Bund behalten können. Behm ist stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss – ihr ist das von Preuß kritisierte langwierige Verfahren vertraut. So gibt es im Ausschuss mehrere Berichterstatter mit mindestens zwei Voten: von der Koalition und der Opposition.

Vermutlich wird sich die schwarz-gelbe Koalition mit ihrem Votum Zeit lassen bis sich Brandenburg und der Bund geeinigt haben. Danach kann der Ausschuss das Thema einfach als erledigt abhaken. Die Umweltschützer vom BUND müssen sich also weiter in Geduld üben. Preuß ist dennoch nicht unzufrieden: Nach seiner Einschätzung ist die Grundentscheidung Brandenburgs, die Seen zu kaufen, auch ein Erfolg seiner Petition. (Von Stephan Laude)

### **Der Seenverkauf durch die BVVG**

- *Die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) privatisiert im Auftrag des Bundes provisionsfrei in Ostdeutschland ehemals volkseigene land- und forstwirtschaftliche Flächen und andere Vermögenswerte, darunter auch Seen.*
- *Nicht privatisiert werden Seen, die Teil des Landeswasserstraßennetzes sind oder überwiegend touristisch genutzt werden.*
- *Mecklenburg-Vorpommern scheiterte im Dezember 2009 im Bundesrat mit einer Initiative gegen die Verkäufe.*
- *Die BVVG ist verpflichtet, die Flächen auszuschreiben und nach Marktpreisen, die sehr unterschiedlich sind, zu verkaufen. Die Erlöse fließen in die Bundeskasse. stl*